

Antrag auf Gewährung öffentlicher Finanzierungshilfen an die gewerbliche Wirtschaft für nicht investive Maßnahmen im Rahmen der regionalen Wirtschaftsförderung des Landes Nordrhein-Westfalen

1. Allgemeines

1.1

NRW.BANK
Friedrichstraße 1
48145 Münster

| Nicht vom Antragsteller auszufüllen! |
|--|
| Eingangsstempel (Falls auf Begleitschreiben, genügt hier eine Bestätigung der Annahmestelle.) |
| Datum des Eingangs |
| Datum der Bewilligung |

Ihr Antrag kann nur bearbeitet werden, wenn Sie die folgenden Fragen beantworten. Rechtsgrundlage ist § 4 des Gesetzes über die Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ vom 6. Oktober 1969 (BGBl I S. 1861) in der jeweiligen geltenden Fassung in Verbindung mit den Regelungen des gemeinsamen Koordinierungsrahmens in der jeweils geltenden Fassung sowie des Regionalen Wirtschaftsförderungsprogramms für die Gewährung von Finanzierungshilfen zur Förderung der gewerblichen Wirtschaft einschließlich des Tourismusgewerbes des Landes Nordrhein-Westfalen (RWP/gewerblich) in der geltenden Fassung.

Zutreffendes bitte ankreuzen.

1.2 Ich/Wir beantrage(n) die Gewährung eines Zuschusses aus Mitteln der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ (GRW) in Höhe von _____ € für die folgende nicht-investive Maßnahme:

- Schulungsleistungen im Zusammenhang mit
 - der Übernahme einer stillgelegten oder von Stilllegung bedrohten Betriebsstätte
 - der Diversifizierung der Produktion vorher dort nicht hergestellter Produkte oder des Gesamtproduktionsverfahrens
 - sonstigen betrieblichen Maßnahmen
- Markteinführung innovativer Produkte

1.3 Antragsteller

| | |
|---|---|
| _____ Firma | _____ Postleitzahl, Ort, Kreis, Regierungsbezirk |
| _____ Straße, Hausnummer | _____ Bundesland |
| _____ Gemeindekennziffer | _____ Ansprechpartner |
| _____ Telefondirektanschluss mit Vorwahl | _____ E-Mail-Adresse |
| _____ Fax-Nr. | |
| _____ Zuständiges Finanzamt | _____ Postleitzahl, Ort |
| _____ Steuer-Nr. | |

Bankverbindung

Bank

BIC

IBAN

Rechtsform und steuer- beziehungsweise gesellschafts-
rechtliche Verhältnisse (falls notwendig, bitte erläutern)

1.4 Zuletzt wurden für die unter Punkt 2.1 angegebene(n) Betriebsstätte(n) öffentliche Finanzierungshilfen bewilligt beziehungsweise beantragt:

Durchführungszeitraum der Maßnahme

Beginn Monat, Jahr

Beendigung Monat, Jahr

Datum des Antrags sowie Datum und
Aktenzeichen des Bewilligungs- oder
Ablehnungsbescheids

Frühere Anträge werden von der Bewilligungs-
behörde zur Erfolgskontrolle und zur Ent-
scheidung über den vorliegenden Antrag
herangezogen.

1.5 Prüfung der Beteiligungsverhältnisse bei kleinen und mittleren Unternehmen

Trifft mindestens eine dieser Bedingungen zu:

- Gehört die Betriebsstätte zu einem Unternehmen, das zu 25% oder mehr des Kapitals oder der Stimmanteile unmittelbar im Besitz eines anderen Unternehmens beziehungsweise einer öffentlichen Stelle oder im gemeinsamen Besitz mehrerer verbundener Unternehmen beziehungsweise öffentlicher Stellen ist?
- Hält das Unternehmen Anteile von 25% oder mehr an anderen Unternehmen?
- Erstellt das Unternehmen eine konsolidierte Bilanz oder ist es im Abschluss eines anderen Unternehmens enthalten?

nein ja → Geben Sie bitte die einzelnen Beteiligungsverhältnisse an (ggf. Anlage beifügen).

1.6 Anzahl der Mitarbeiter, Jahresumsatz und Jahresbilanzsumme des Unternehmens¹

Anzahl der Mitarbeiter² im Unternehmen bis 49 50 bis 249 250 und mehr

Jahresumsatz bis 10 Mio. € über 10 Mio. € bis 50 Mio. € über 50 Mio. €

Jahresbilanzsumme bis 10 Mio. € über 10 Mio. € bis 43 Mio. € über 43 Mio. €

Nicht vom Antragsteller auszufüllen!

KMU im Sinne des Anhangs I der Verordnung (EU) NR. 651/2014 der Kommission vom 17. Juni 2014 zur Feststellung der Vereinbarkeit bestimmter Gruppen von Beihilfen mit dem Binnenmarkt in Anwendung der Art. 107 und 108 AEUV (AGVO) (ABl. L 187 vom 26. Juni 2014, S.1)

ja

nein

falls ja:

kleines Unternehmen

mittleres Unternehmen

¹ Unternehmen unter Einbeziehung aller Partner- und verbundenen Unternehmen im Sinne der KMU-Definition gemäß Anhang I der Verordnung (EU) Nr. 651/2014 der Kommission vom 17. Juni 2014 zur Feststellung der Vereinbarkeit bestimmter Gruppen von Beihilfen mit dem Binnenmarkt in Anwendung der Art. 107 und 108 AEUV (allgemeine Gruppenfreistellungsverordnung – AGVO; ABl. L 187 vom 26. Juni 2014, Seite 1).

² Definition siehe Anhang I Art. 5 AGVO.

1.7 Angaben zu Rettungs- und Umstrukturierungsbeihilfen in Vorjahren, wirtschaftliche Situation des Unternehmens³

Befindet sich das Unternehmen derzeit in wirtschaftlichen Schwierigkeiten?

nein ja → Bitte erläutern (ggf. Anlage).

Falls ja, befindet sich die Betriebsstätte, das Unternehmen oder die Unternehmensgruppe noch in der Umstrukturierungsphase?

nein ja → Bitte erläutern (ggf. Anlage).

Hat die Betriebsstätte, das Unternehmen oder die Unternehmensgruppe Rettungsbeihilfe erhalten und wurde der Kredit noch nicht zurückgezahlt oder ist die Garantie noch nicht erloschen?

nein ja → Bitte erläutern (ggf. Anlage).

Hat die Betriebsstätte, das Unternehmen oder die Unternehmensgruppe eine Umstrukturierungsbeihilfe erhalten und unterliegt immer noch einem Umstrukturierungsplan?

nein ja → Bitte erläutern (ggf. Anlage).

1.8 Jahresumsatz bei Betrieben des verarbeitenden Gewerbes und des tertiären Sektors

| | Vor Beginn der Maßnahme in € | Nach Beendigung der Maßnahme in € |
|---|------------------------------------|---|
| Produktion | <input type="text"/> | <input type="text"/> |
| Handel | <input type="text"/> | <input type="text"/> |
| Sonstiges | <input type="text"/> | <input type="text"/> |
| Summe | <input type="text"/> | <input type="text"/> |
| a) Hiervon entfallen auf Umsätze mit Kunden, die außerhalb eines Radius von 50 km um den Investitionsstandort ansässig sind: | <input type="text"/> | <input type="text"/> |
| b) Hiervon entfallen auf Umsätze mit Kunden, die außerhalb eines Radius von mehr als 20 km, aber nicht mehr als 50 km um den Investitions- standort ansässig sind: | <input type="text"/> | <input type="text"/> |

2. Angaben zum Vorhaben

2.1 Sitz der zu fördernden Betriebsstätte

| | | |
|----------------------|----------------------|----------------------|
| <input type="text"/> | <input type="text"/> | <input type="text"/> |
| Postleitzahl | Ort, Ortsteil | Straße, Hausnummer |
| <input type="text"/> | <input type="text"/> | <input type="text"/> |
| Gemeindekennziffer | Kreis | Bundesland |

BA-Betriebsnummer der zu fördernden Betriebsstätte

bekannt (ggf. bei der Bundesagentur für Arbeit, Eschberger Weg 68, 66121 Saarbrücken erfragen;
E-Mail: betriebsnummernservice@arbeitsagentur.de)

BA-Betriebsnummer

nicht bekannt, da es sich um eine neue Betriebsstätte handelt; Hinweis: ist innerhalb von zwei Monaten nach Bewilligung nachzumelden

³ Siehe Art. 2 Nr. 18 AGVO.

2.2 Wirtschaftszweig der zu fördernden Betriebsstätte

Kennzeichnung und Nummer der amtlichen Statistik⁴ Klasse der statistischen Systematik der Wirtschaftszweige NACE Revision 2 (vierstelliger numerischer Code)⁵

| | |
|--|--|
| | |
|--|--|

Fertigungsprogramm oder Art der gewerblichen Tätigkeit

| |
|--|
| |
|--|

Wenn sich die Fertigung oder die gewerbliche Tätigkeit auf mehrere Wirtschaftszweige oder Industriegruppen bezieht, bitte nähere Angaben, zum Beispiel prozentualer Anteil an Produktion⁶ und Umsatz (erforderlichenfalls in einer Anlage).

Angaben zum Absatzgebiet (zu den Abnehmern) für die in der Betriebsstätte erstellten Produkte und erbrachten Leistungen

| |
|--|
| |
|--|

Bitte nähere Angaben, zum Beispiel prozentualer Anteil des Absatzes nach Kreisen, Bundesländern und Ausland, erforderlichenfalls in einer Anlage. Diese Angaben sind erforderlich, falls der Nachweis des überregionalen Absatzes im Einzelfall erfüllt werden muss. Sie sind gegebenenfalls in geeigneter Form nachzuweisen.

Nicht vom Antragsteller auszufüllen!

Die zu fördernde Betriebsstätte erfüllt die Merkmale des Primäreffekts:

- | | | |
|----------------------------|-----------------------------|-------------------------------|
| – gemäß Positivliste | <input type="checkbox"/> ja | <input type="checkbox"/> nein |
| – gemäß Einzelfallnachweis | <input type="checkbox"/> ja | <input type="checkbox"/> nein |

2.3 Beschreibung und Begründung des Vorhabens

Die vorgesehenen Maßnahmen sowie die Zukunftsaussichten der Betriebsstätte (z. B. die Absatzperspektive) sind auf einem Beiblatt darzustellen. Dabei ist auf die rechtliche und wirtschaftliche Entwicklung des Unternehmens einzugehen.

Entsprechend dem beantragten Fördertatbestand ist darüber hinaus auf folgende Punkte einzugehen:

2.3.1 Schulungsmaßnahmen

Beschreiben Sie die betriebliche Maßnahme, für die eine Schulung der Mitarbeiter erforderlich ist, unter Berücksichtigung der in **Ziffer 2.6.2 des RWP/gewerblich** festgelegten Voraussetzungen und geben Sie die Anzahl der zur Schulung vorgesehenen Arbeitskräfte an.

| | | |
|------------|------------|-----------------|
| | | |
| Frauen (1) | Männer (2) | Summe (1) + (2) |

Bei Maßnahmen im Rahmen der Diversifizierung ist darzustellen, inwieweit diese der Produktion von neuen Produkten⁷ dienen, die vorher nicht in der betreffenden Betriebsstätte hergestellt wurden, beziehungsweise neue Tätigkeiten, neue Produkte oder neue Prozessinnovationen ermöglichen.

Nur bei Übernahme einer von Stilllegung bedrohten Betriebsstätte:

Wann wird/wurde die angegebene Betriebsstätte erworben?
Monat Jahr

Warum ist die Betriebsstätte von Stilllegung bedroht?

| |
|--|
| |
|--|

⁴ Die Nr. des Wirtschaftszweigs nach der amtlichen Statistik ergibt sich aus der Klassifikation der Wirtschaftszweige in der jeweils gültigen Ausgabe des Statistischen Bundesamts Wiesbaden.

⁵ Siehe Verordnung (EU) Nr. 18.93/2006 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 20. Dezember 2006 zur Aufstellung der statistischen Systematik der Wirtschaftszweige NACE Revision 2 und zur Änderung (EWG) Nr. 3037/90 des Rates sowie einiger Verordnungen der EG über bestimmte Bereiche der Statistik (ABl. L 393 vom 30. Dezember 2006, Seite 1).

⁶ Die Begriffe „Produktion“ und „Produkte“ schließen in diesem Zusammenhang Dienstleistungen und deren Erbringung ein.

⁷ Siehe Fußnote 6 zu Ziffer 2.2 (vgl. Art. 2 Nr. 50 AGVO).

2.3.2 Markteinführung innovativer Produkte

Bitte nehmen Sie zu den in **Ziffer 2.6.3 des RWP/gewerblich** festgelegten Voraussetzungen in einem Beiblatt Stellung.

Sofern die Forschungs- und Entwicklungsphase des Produkts bereits Gegenstand einer öffentlichen Förderung gewesen ist, geben Sie bitte das entsprechende Förderprogramm an:

| | |
|----------------------|----------------------|
| <input type="text"/> | <input type="text"/> |
| Förderprogramm | Zuwendungsgeber |

Befindet sich das Unternehmen in der fünfjährigen Gründungsphase?*

nein ja Wenn ja: Datum der Gründung

| | | |
|----------------------|----------------------|----------------------|
| <input type="text"/> | <input type="text"/> | <input type="text"/> |
| Tag | Monat | Jahr |

*Die Gründungsphase eines Unternehmens ist ein Zeitraum von 60 Monaten seit erstmaliger Anmeldung des Gewerbebetriebs. Als neu gegründet gelten Unternehmen, die erstmalig einen Gewerbebetrieb anmelden und nicht im Mehrheitsbesitz eines oder mehrerer selbstständiger Unternehmer oder bestehender Unternehmen stehen.

3. Ausgaben

3.1 Schulungsmaßnahmen

Betrag €

– Ausgaben für externe Schulungsleistungen

Nicht vom Antragsteller auszufüllen!

Förderfähige Ausgaben insgesamt:

3.2 Markteinführung innovativer Produkte

Betrag €

Gesamtausgaben

– Zusätzliche Personalausgaben*

– Messe- und Werbeausgaben

– Reiseausgaben

– Fremdleistungen

– Sonstige Ausgaben (nähere Beschreibung in Anlage 1)

* Die Lohnausgaben und gesetzlichen Sozialabgaben sind für den jeweiligen Mitarbeiter in der Ausgabenliste (Anlage 1 zum Antrag) einzeln anzugeben.

Nicht vom Antragsteller auszufüllen!

Förderfähige Ausgaben insgesamt:

4. Zeitliche Durchführung des Vorhabens

Beginn

Beendigung

| | | | | | |
|----------------------|----------------------|----------------------|----------------------|----------------------|----------------------|
| <input type="text"/> | <input type="text"/> | <input type="text"/> | <input type="text"/> | <input type="text"/> | <input type="text"/> |
| Tag | Monat | Jahr | Tag | Monat | Jahr |

Die Ausführungen zu Ziffer 1 der Erläuterungen zum Antragsvordruck sind zu beachten.

5. Finanzierung

in €

Eigenmittel

Beantragte Zuwendung

Sonstige (bitte erläutern)

Gesamtsumme

Die Gesamtfinanzierung ist mit Nachweis zur Durchfinanzierung des Vorhabens – gegebenenfalls durch Bestätigung der Hausbank (Anlage 3) – zu belegen.

Hinweis: Die Summe der Gesamtfinanzierung muss der Summe der Gesamtausgaben entsprechen!

6. Erklärung

- 6.1 Ich/Wir erkläre(n), mit dem Vorhaben nicht vor Antragstellung (Datum des Antragseingangs bei der NRW.BANK) begonnen zu haben. Unter Beginn des Vorhabens ist grundsätzlich der Abschluss eines der Ausführung zuzurechnenden Lieferungs- oder Leistungsvertrags zu verstehen.
- 6.2 Ich/Wir erkläre(n), dass gegen mein/unser Unternehmen keine Rückforderungsanordnung aufgrund eines früheren Beschlusses der Europäischen Kommission zur Feststellung der Unzulässigkeit einer Beihilfe und ihrer Unvereinbarkeit mit dem Binnenmarkt vorliegt, der ich/wir nicht in voller Höhe Rechnung getragen habe(n).
- 6.3 Mir/Uns ist von der Bewilligungsbehörde beziehungsweise der von ihr ermächtigten Stelle bekannt gemacht worden, dass folgende in diesem Antrag anzugebende Tatsachen subventionserheblich im Sinne des § 264 des StGB sind und dass Subventionsbetrug nach dieser Vorschrift strafbar ist:
- Angaben zum Antragsteller (Ziffer 1.3)
 - Rechtsform und steuer- beziehungsweise gesellschaftsrechtliche Verhältnisse (Ziffer 1.3)
 - Vorförderungen der Betriebsstätte (Ziffer 1.4), Angaben zu Rettungs- und Umstrukturierungsbeihilfen in Vorjahren (Ziffer 1.7) inklusive Erklärung über erhaltene/beantragte andere staatliche Zuwendungen für dieselben förderbaren Aufwendungen
 - Beteiligungsverhältnisse (Ziffer 1.5 und Ziffer 6.7)
 - Angaben zur Anzahl der Beschäftigten, zum Jahresumsatz, zur Jahresbilanzsumme (Ziffer 1.6) inklusive KMU-Anlagensatz
 - Sitz der zu fördernden Betriebsstätte (Ziffer 2.1)
 - Wirtschaftszweig, Fertigungsprogramm oder Art der gewerblichen Tätigkeit (Ziffer 2.2)
 - Angaben zum Vorhaben, soweit sie als Tatsachen bereits heute sicher feststehen (Ziffer 2.3)
 - Beginn des Vorhabens (Ziffer 4. und Ziffer 6.1)

Mir/Uns ist weiterhin § 4 des Subventionsgesetzes vom 29. Juli 1976 (BGBl. I S. 2037) bekannt, wonach insbesondere Scheingeschäfte und Scheinhandlungen für die Bewilligung, Gewährung oder Rückforderung und Weitergewährung oder das Belassen einer Subvention oder eines Subventionsvorteils unerheblich sind. Das bedeutet, dass für die Beurteilung der tatsächlich gewollte Sachverhalt maßgeblich ist.

- 6.4 Mir/Uns sind die nach § 3 des Subventionsgesetzes bestehenden Mitteilungspflichten bekannt, insbesondere werde(n) ich/wir jede Abweichung von den vorstehenden Angaben unverzüglich der die Bewilligung/Bescheinigung erteilenden NRW.BANK mitteilen.
- 6.5 Mir/Uns ist bekannt, dass die aus dem Antrag ersichtlichen Daten von der zuständigen Behörde in der Bundesrepublik Deutschland auf Datenträger gespeichert und für Zwecke der Statistik und der Erfolgskontrolle der Wirtschaftsförderung verwendet werden. Mir/Uns ist bekannt, dass zur Erhöhung der Transparenz der Fördermaßnahmen das Land folgende Angaben veröffentlicht:
- Name des Zuwendungsempfängers
 - Betriebsnummer des Zuwendungsempfängers, Art des Unternehmens (KMU/großes Unternehmen) zum Zeitpunkt der Gewährung
 - Region, in der der Zuwendungsempfänger seinen Standort hat, auf NUTS-II-Ebene⁸
 - Wirtschaftszweig auf Ebene der NACE-Gruppe⁹
 - Höhe der Zuwendung¹⁰
 - Tag der Bewilligung
 - Ziel der Zuwendung
 - Bewilligungsbehörde

Ort, Datum

Unterschrift, Stempel

6.6 Datenverarbeitung und Auskunfterteilung

Die von der zuständigen Behörde oder sonstigen Annahmestelle (vgl. Punkt 1.1 der Erläuterungen) als Anlage beigefügten bzw. online zur Verfügung gestellten Datenschutzhinweise auf Grundlage der Artikel 13 und 14 der Datenschutzgrundverordnung (DS-GVO) sowie den Hinweis auf mein/unser Widerspruchsrecht nach Artikel 21 DS-GVO habe ich zur Kenntnis genommen.

Mir/Uns ist bekannt, dass die NRW.BANK der zum Antrag Stellung nehmenden zuständigen Industrie- und Handelskammer/Handwerkskammer/Bezirksregierung und Regionaldirektion Nordrhein-Westfalen der Bundesagentur für Arbeit (zur Weiterleitung an örtliche Vertretungen) zur Wahrnehmung ihrer/seiner Aufgaben und meiner/unserer Interessen eine Ausfertigung des Förderantrages zur Verfügung stellt und die Entscheidung mitteilt. Darüber hinaus ist mir/uns bekannt, dass die NRW.BANK dem zum Antrag Stellung nehmenden Deutschen Gewerkschaftsbund meinen Namen beziehungsweise die Unternehmensbezeichnung, Angaben zu den Arbeitsplätzen, den Investitionsort, die Bezeichnung des Vorhabens, die Investitionssumme und die Höhe der beantragten Zuwendung mitteilt.

Ort, Datum

Unterschrift, Stempel

6.7 Erklärung zum Beteiligungsbesitz bei KMU und Einstufung als KMU

Ich/Wir gehe(n) aufgrund der Kapitalstreuung nach bestem Wissen davon aus, dass die Betriebsstätte zu einem Unternehmen gehört, das nicht zu 25% oder mehr unmittelbar im Besitz eines anderen Unternehmens beziehungsweise einer öffentlichen Stelle oder im gemeinsamen Besitz mehrerer verbundener Unternehmen beziehungsweise öffentlicher Stellen ist. Mir/Uns ist bekannt, dass maßgeblich für die Beurteilung, ob ein kleines oder mittleres Unternehmen vorliegt, der Zeitpunkt der Gewährung der GRW-Förderung ist. Da sich die Angaben in Ziffer 1 auf den heutigen Zeitpunkt beziehen, sichere ich/sichern wir hiermit zu, sämtliche Veränderungen in Bezug auf den in den Ziffern 1.2, 1.3, 1.6 und 1.7 abgefragten Sachverhalt unverzüglich der zuständigen Behörde schriftlich mitzuteilen, und zwar über die Stelle, bei der der Antrag eingereicht wird.

Ort, Datum

Unterschrift, Stempel

Dem Antrag beizufügende Unterlagen:

- Beschreibung des Vorhabens (Beiblatt)
- Ausgabenliste gemäß Anlage 1
- Bilanzen und GuV-Rechnungen der beiden letzten Geschäftsjahre
(sofern nicht bilanziert wird, sind die beiden letzten Einnahmen-Überschuss-Rechnungen beizufügen)
- Rentabilitätsvorschau (grundsätzlich bei Unternehmen in der Gründungsphase)
- Gegebenenfalls Berechnung der Teilzeitarbeitsplätze gemäß Anlage 2
- Steuerliche Unbedenklichkeitsbescheinigung des zuständigen Finanzamts
- Gegebenenfalls Bestätigung der Hausbank über die gesicherte Gesamtfinanzierung gemäß Anlage 3
- Erklärung über bereits erhaltene/beantragte „De minimis“-Beihilfen
- Erklärung über erhaltene/beantragte andere staatliche Zuwendungen für dieselben förderbaren Aufwendungen
- Erklärung wegen des KMU-Status (siehe Anlagensatz KMU-Eigenschaft)
- Aktueller Handelsregisterauszug
- Legitimationsnachweis

⁸ NUTS-Klassifikation der Gebietseinheiten für die Statistik. Die Region ist in der Regel auf Ebene 2 anzugeben.

⁹ Siehe Verordnung (EU) Nr. 1893/2006 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 20. Dezember 2006 zur Aufstellung der statistischen Systematik der Wirtschaftszweige NACE Revision 2 und zur Änderung der Verordnung (EWG) Nr. 3037/90 des Rates sowie einiger Verordnungen der EG über bestimmte Bereiche der Statistik (ABl. L 393 vom 30. Dezember 2006, S. 1).

¹⁰ Bruttosubventionsäquivalent bzw. bei Regelungen für Risikofinanzierungsbeihilfen der Investitionsbetrag. Bei Betriebsbeihilfen kann der jährliche Beihilfebetrags pro Empfänger angegeben werden. Bei steuerlichen Regelungen und Regelungen, die unter Art. 16 (regionale Stadtentwicklungsbeihilfen) oder Art. 21 (Risikofinanzierungsbeihilfen) fallen, kann dieser Betrag in den in Art. 9 Abs. 2 dieser Verordnung angegebenen Spannen angegeben werden.

Erläuterungen zum Antragsformular

Das Zusageverfahren ist im Regionalen Wirtschaftsförderungsprogramm des Landes Nordrhein-Westfalen geregelt.

1. Der Antrag ist vor Beginn des Vorhabens zu stellen. Als Datum der Antragstellung gilt der Eingangsstempel der NRW.BANK. Als Beginn des Vorhabens ist grundsätzlich der Abschluss eines der Ausführung zuzurechnenden Lieferungs- und Leistungsvertrags zu werten.

1.1 Die Anträge nimmt die NRW.BANK entgegen:

NRW.BANK, Friedrichstraße 1, 48145 Münster, Telefon 0251 91741-0

1.3 Eine nähere Erläuterung der Rechtsform ist insbesondere dann erforderlich, wenn sich diese (z. B. als Personengesellschaft die Gesellschaft bürgerlichen Rechts (GbR), OHG, KG, GmbH & Co. KG, als Kapitalgesellschaft die GmbH, AG, KGaA oder als Genossenschaft, Verein oder Einzelfirma) nicht schon aus dem Namen der Firma ergibt.

1.5 Maßgeblich ist die Situation im Zeitpunkt der Gewährung einer GRW-Förderung.

1.6 Änderungen sind der zuständigen Behörde mitzuteilen (Ziffer 6.7).

Sofern das Unternehmen zu 25% oder mehr des Kapitals oder der Stimmanteile im Besitz eines anderen oder mehrerer Unternehmen oder Unternehmer steht, ist vom Antragsteller anzugeben, ob die beteiligten Unternehmen oder Unternehmer öffentliche Beteiligungsgesellschaften, Risikokapitalgesellschaften oder institutionelle Anleger sind. Handelt es sich bei den Unternehmen oder Unternehmern um öffentliche Beteiligungsgesellschaften, Risikokapitalgesellschaften oder institutionelle Anleger, ist auch anzugeben, ob die beteiligten Unternehmen oder Unternehmer einzeln oder aber gemeinsam Kontrolle über das Unternehmen ausüben.

Ist aufgrund der Kapitalstreuung nicht zu ermitteln, wer die Anteile hält, ist durch den Antragsteller die unter 6.7 aufgeführte Erklärung abzugeben.

2.1 Eine Förderung ist nur innerhalb der Fördergebiete möglich (siehe Anlage 1 RWP/gewerblich).

2.3 Eine umfassende Beschreibung und Begründung des Vorhabens ist erforderlich, um den Sachverhalt möglichst ohne zeitraubende Rückfragen beurteilen zu können.

3. Unvorhergesehene Ausgabenerhöhungen können unter bestimmten Voraussetzungen bis zur Gewährung der RWP-Förderung geltend gemacht werden; sie sind in jedem Fall unverzüglich nach Bekanntwerden der NRW.BANK bekannt zu geben.

4. Zuschüsse werden grundsätzlich nur für ein Vorhaben gewährt, das innerhalb von 36 Monaten durchgeführt wird.